

Migration Policy Group

# Eine Partei erster Wahl für alle: Ein Mainstreaming- Instrument

Einleitung und Glossar

Alexandre Kirchberger mit Katy Kefferpütz, Jan Niessen und Anne Friel

Share this report:



„Es ist an der Zeit, dass sich politische Parteien fragen, ob wir wirklich alles in unserer Macht stehende unternehmen, um die Integration von Einwanderern zu fördern. Und es gibt keinen besseren Ort, um damit anzufangen, als in unseren eigenen Organisationen. Dieses Instrument kann uns helfen, echtes Engagement für die Integration an den Tag zu legen, indem wir in unseren Organisationen mit gutem Beispiel vorangehen.“

**Armin Laschet, Landtagsabgeordneter von Nordrhein-Westfalen und stellvertretender Fraktionsvorsitzender der CDU, Deutschland**

„Als einzige direkt gewählte EU-Institution hat es grundlegende Bedeutung für das Europäische Parlament, die Bevölkerungen der Mitgliedstaaten wirklich in ihrer ganzen Vielfalt zu vertreten. Dieses Ziel lässt sich nur erreichen, wenn politische Parteien die Vielfalt der Gesellschaft in ihren Organisationen auf allen Ebenen widerspiegeln, einschließlich der europäischen Ebene. Ich ermutige alle politischen Parteien ausdrücklich, diesen Weg zu beschreiten, um sicherzustellen, dass Europas Einwanderer eine Rolle in der europäischen Demokratie spielen können.“

**Emine Bozkurt, Europaabgeordnete, Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialisten und Demokraten im Europäischen Parlament.**

„Als politische Partei müssen wir ein genaues Abbild der Bevölkerung sein, die wir vertreten und der wir dienen wollen. Diese Publikation liefert wertvolle Hilfe bei der Integration von Menschen mit Migrationshintergrund auf allen Ebenen der Parteiarbeit.“

**Baronin Sal Brinton, Mitglied des House of Lords, Liberaldemokratische Partei, Vereinigtes Königreich**

„Ich begrüße dieses Instrument, das den politischen Parteien hilft, sich nach dem Vorbild der gesellschaftlichen Vielfalt zu organisieren. In einer Zeit, in der viele den wachsenden Graben zwischen den Bürgern und der politischen Klasse beklagen, helfen Vorhaben mit politischen Akteuren, die die Bevölkerungsvielfalt spiegeln, der Demokratie neues Leben einzuhauchen. Dieses Instrument geht über die Frage der Wahlrechte für Zuwanderer hinaus und betrachtet politische Parteien als Organisationen, die Menschen genauso wie andere anziehen, einstellen und beschäftigen, um so einen direkten Einfluss auf die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund auszuüben.“

**Patrick Lozès, Präsident des Rates zur Interessenvertretung der Schwarzen-Verbände Frankreichs (CRAN)**

Diese Publikation ist das Ergebnis des Projekts *Migrants' Voices: Mainstreaming Diversity in Political Parties*, das vom Europäischen Programm für Integration und Migration ([www.epim.info](http://www.epim.info)) finanziell gefördert wurde.

Die Publikation kann als pdf-Datei unter [www.migpolgroup.org](http://www.migpolgroup.org) heruntergeladen werden. Eine interaktive Internetversion ist auch unter [http://www.migpolgroup.org/benchmark/german/politicalparties\\_de.html](http://www.migpolgroup.org/benchmark/german/politicalparties_de.html) verfügbar.

„Eine Partei erster Wahl für alle: Ein Mainstreaming-Instrument“ darf ganz oder teilweise für den privaten Gebrauch kopiert, heruntergeladen und ausgedruckt werden. Die auszugsweise Verwendung der gedruckten Ausgabe und der Website in selbst erstellten Dokumenten, Präsentationen, Blogs, Websites und Unterrichtsmaterialien ist gestattet, sofern in geeigneter Weise auf das Handbuch „Eine Partei erster Wahl für alle: Ein Mainstreaming-Instrument“ als Quelle und die Migration Policy Group als Rechteinhaber hingewiesen wird. Anfragen zur öffentlichen oder gewerblichen Nutzung sowie zu Übersetzungsrechten bitten wir an: [info@migpolgroup.com](mailto:info@migpolgroup.com) zu richten.

Korrekte Quellenangabe für wissenschaftliche Arbeiten: Alex Kirchberger et al., Eine Partei erster Wahl für alle: Ein Mainstreaming-Instrument (Brüssel: Migration Policy Group 2012).“

## Einleitung

Echte repräsentative Demokratien gewährleisten, dass jeder die Möglichkeit hat, am zivilgesellschaftlichen und politischen Leben teilzunehmen. Politische Parteien spielen dabei eine wichtige Rolle, indem sie den Raum für Menschen eröffnen, sich einzubringen und ihnen eine Stimme bei Entscheidungen über die Ausgestaltung der Gesellschaft verleihen. Individuen werden Mitglied und/oder stimmen für jene Partei, die ihrer Meinung nach am besten auf ihre politischen Hoffnungen und Sorgen eingeht. Mögen diese Meinungen sich auch unterscheiden und somit die konkrete Wahl einer Partei beeinflussen, so streben Parteien doch im Allgemeinen danach, dem Gemeinwohl zu dienen und für möglichst viele Menschen wählbar zu sein. Sie wollen für die Wähler die Partei ihrer ersten Wahl sein.

Standpunkte politischer Parteien in Fragen von Migration und Integration sowie ihre Reaktionen auf die ihrer Meinung nach größten Chancen und Herausforderungen immer vielfältigerer Gesellschaften unterscheiden sich. Gemeinsam ist diesen Einschätzungen jedoch, dass sie die notwendigen und unvermeidlichen Anpassungen ins Auge fassen, die sowohl von der Gesellschaft insgesamt als auch von ihren einzelnen Mitgliedern vorgenommen werden müssen.

Allgemein können politische Parteien drei Dinge tun, um Integration zu ermöglichen. Erstens können sie die Verabschiedung von Gleichstellungsgesetzen und den Zugang zum Wahlrecht und zur Staatsangehörigkeit fördern und erleichtern. Zweitens können sie Fragen von Integration und Vielfalt in ihren Programmen aufgreifen und konkrete politische Vorschläge für alle betreffenden Bereiche machen. Drittens können sie sich für Zuwanderer öffnen, um diese so in das politische Leben einzubeziehen.

Die Herausforderungen im Bereich der Gleichstellungspolitik, der politischen Partizipation von Migranten und des Erwerbs der Staatsangehörigkeit sind bekannt. Die Politik von Parteien in Sachen Integration und Anerkennung von Vielfalt sind öffentlich ebenfalls hinreichend bekannt und untersucht. Hingegen weiß man bislang nur wenig über Maßnahmen von Parteien, Menschen mit Migrationshintergrund für die eigene parteipolitische Arbeit zu gewinnen.

Diese Publikation soll diese Wissenslücke schließen. Dabei leitet die Autoren die Annahme, dass das von politischen Parteien für die Gesellschaft als gut Angestrebte, eben so gut für sie selbst ist: die von ihnen verfolgte Politik im Bereich der Integration und der Vielfalt sollte nicht nur auf die Gesellschaft, sondern auch auf sie selbst angewandt werden. Die hier vorgestellte Untersuchung betrachtet Parteien als soziale Akteure, die Menschen werben, anziehen und beschäftigen wollen (Wähler, Mitglieder und Mitarbeiter), und zwar ähnlich einem Markt für Dienstleistungen, auf dem sich Anbieter und Nachfrager treffen.

Politische Parteien können zur Integration beitragen und mit gutem Beispiel vorangehen, indem sie Menschen mit Migrationshintergrund in ihre eigenen Strukturen aufnehmen. Auf diese Weise verstärken sie auch ihre Glaubwürdigkeit und die Qualität der Demokratie. Die Vielfalt der Bevölkerung institutionell zu spiegeln, trägt dazu bei, die Gräben zwischen Politik, Bürgern und Einwohnern zu schließen.

Die vorliegende Publikation stellt als Handreichung ein Untersuchungs- und Bewertungsinstrument (*Benchmarking*) dar, das auf der Grundlage langjähriger Erfahrung der *Migration Policy Group* in der Arbeit mit lokalen Behörden (Alexandre Kirchberger) und Organisationen im privaten Sektor (Jan Niessen) entwickelt wurde. In die Erarbeitung des Instrumentes flossen auch Informationen aus einer systematischen Befragung (Fragebögen) der führenden politischen Parteien in Frankreich,

Deutschland und Großbritannien ein. Außerdem wurden die Initiativen der Parteien im Bereich von Gleichstellung und Vielfalt einbezogen (Katy Kefferpütz). Politische Parteien auf europäischer Ebene wurden ebenfalls befragt (Anne Friel). Die Autoren danken Patrick Lozès (*Conseil représentatif des associations noires*), Mekonnen Mesghena (*Heinrich Böll Stiftung*) und Seema Malhotra (Fabian Society) für ihren Rat. Sie standen uns als Beratungsgremium zur Seite.

Politische Parteien können die Handreichung auf drei Arten nutzen. Erstens können sie damit die Bemühungen zur Integration von Menschen mit Migrationshintergrund in ihre eigenen Reihen bewerten. Zweitens können sie auf dieser Grundlage detaillierte Pläne erarbeiten, um die Situation in der eigenen Partei zu verändern. Und schließlich können sie die Handreichung drittens als Benchmarking-Instrument verwenden, da sie Daten liefert, die zum Vergleich herangezogen werden können. Politische Parteien mit ähnlichen und verschiedenen politischen Traditionen und Orientierungen können sich so innerhalb eines Landes wie auch länderübergreifend dem Vergleich stellen.

Die Publikation besteht aus vier inhaltlichen Teilen, einem einleitenden Glossar und einem Benutzerleitfaden. Der erste Teil setzt einen Rahmen für das Benchmarking. Er skizziert die einzelnen Stufen für die Entwicklung und Einführung einer internen Politik der Vielfalt. Der zweite Teil ist eine Zusammenstellung von Indikatoren, mit denen Vergleichsmaßstäbe aufgestellt, Ziele formuliert und Fortschritte überprüft werden können. Der dritte Teil liefert drei Beispiele guter Praxis. Der vierte und zugleich letzte Teil liefert weiterführende Informationen, wie politische Parteien in den drei oben genannten Ländern mit der politischen Ausgestaltung von Vielfalt umgehen.

## Glossar

Die folgenden Begriffe werden in den Benchmarks und in der Zusammenstellung der Indikatoren häufig genutzt.

Das Benchmarking zu den Parteikandidaten verwendet eine vereinfachte Unterscheidung zwischen Wahlsystemen mit nur einem siegreichen Direktkandidaten pro Wahlkreis und Wahlsystemen mit mehreren Listenkandidaten pro Wahlkreis (siehe unten).

BEGRIFF	DEFINITION
<b>Benchmark</b>	Eine Benchmark ist ein festgesetzter, zu erreichender Standard für die Politik und das praktische Handeln einer Organisation.
<b>Verlauf von Amts- oder Mandatszeit</b>	Der Verlauf der Amts- oder Mandatszeit bezieht sich auf die verschiedenen Schritte, die ein Bewerber durchlaufen muss, um als Parteikandidat aufgestellt und mit einem Amt oder Mandat versehen zu werden: Bewerbung, Auswahl, Schulung, Wahl, Amts- bzw. Mandatszeit und -ende.
<b>Daten (Vielfalt und Gleichstellung)</b>	In Einklang mit den gängigen Definitionen statistischer Ämtern in ganz Europa, einschließlich Eurostat, werden Daten über Vielfalt und Gleichstellung entlang folgender Kriterien festgesetzt: <ul style="list-style-type: none"> <li>• Staatsangehörigkeit</li> <li>• Staatsangehörigkeit der Eltern</li> <li>• Geburtsort</li> <li>• Geburtsort der Eltern</li> </ul>
<b>Vielfalt</b>	Im Rahmen dieses Projektes bezieht sich Vielfalt auf Menschen mit Migrationshintergrund (siehe unten).
<b>Beschäftigungsverlauf</b>	Dieser Begriff bezieht sich auf die verschiedenen Beschäftigungsphasen von der Bewerbung bis zum Ende der Beschäftigung (er umfasst auch Einstellung, Schulung, Personalbestandserhaltung und Beförderung).
<b>Gleichstellung</b>	Bei Gleichstellung geht es um die Gleichbehandlung von Menschen unabhängig von Ethnizität, Religion, Glauben, Nationalität oder Herkunft, sei das Merkmal nur zugeschrieben oder objektiv. Die Gleichstellung erfolgt im Einklang mit europäischer und nationaler Gesetzgebung.
<b>Politisch-administrative Ebene</b>	Der Begriff „politisch-administrative Ebene“ bezieht sich auf die Regierungsebene (Bund, Länder, Gemeinden) und die Ebene der Parteigeschäftsstelle (Bundesgeschäftsstelle, Bezirksgeschäftsstelle, Kreisgeschäftsstelle). Benchmarks sollten auf allen Regierungsebenen und auf den verschiedenen Ebenen der Parteigeschäftsstellen angewendet werden.
<b>Indikator</b>	Ein Indikator ist eine qualitative oder quantitative gemessene Verdichtung einer Situation, einer Handlung oder eines Prozesses.
<b>Wahlsysteme mit (mehreren) Listenkandidaten</b>	In Wahlsystemen mit (mehreren) Listenkandidaten erstellen die Parteien Kandidatenlisten; jede Partei erhält Sitze nach Maßgabe der erhaltenen Stimmen (Verhältniswahlrecht).
<b>Unternehmen im Eigentum von Migranten</b>	Ein Unternehmen gilt als „Unternehmen im Eigentum von Migranten“, wenn 51 Prozent seiner Aktien oder mehr in der Hand von

	<p>Einzelpersonen mit Migrationshintergrund sind (siehe unten).</p>
<p><b>Menschen mit Migrationshintergrund</b></p>	<p>Von Eurostat* wird auf der Grundlage von Staatsangehörigkeit und Geburtsort die Bevölkerung, die folgende Merkmale aufweist, als Menschen mit Migrationshintergrund definiert:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Alle Staatsangehörigen von Ländern außerhalb der Europäischen Union und ihre Nachkommen mit Aufenthaltsgenehmigung (auch jene, die eingebürgert wurden).</li> <li>• Alle EU-Staatsangehörigen, die außerhalb der EU geboren worden sind, oder von denen mindestens ein Elternteil außerhalb der EU geboren wurde.</li> </ul> <p>(*die Definition des Statistischen Bundesamts weicht von der Definition von Eurostat ab)</p>
<p><b>Positive Maßnahme</b></p>	<p>Positive Maßnahmen beziehen sich auf die Verabschiedung spezifischer Regeln zur Vorbeugung oder zum Ausgleich von Nachteilen aufgrund von Ethnizität, Religion, Glaube, Nationalität oder Herkunft. Sie unterscheidet sich von „positiver Diskriminierung“ (oder <i>affirmative action</i>), durch die jemand aufgrund von Ethnizität, Religion, Glauben Nationalität oder Herkunft bevorzugt behandelt wird.</p>
<p><b>Wahlssysteme mit Direktkandidaten (und nur einem Sieger pro Wahlkreis)</b></p>	<p>Wahlssysteme mit Direktkandidaten (und nur einem Sieger pro Wahlkreis) basieren auf Wahlbezirken oder Wählerschaften, die nur einen Kandidaten in ein lokales, regionales oder nationales Parlament mit mehreren Abgeordneten entsenden. Es folgt dem Mehrheitswahlrecht und kennt Stichwahlverfahren.</p>
<p><b>Umfragen</b></p>	<p>Es gibt mehrere Umfrageverfahren. Sie unterscheiden sich hinsichtlich dem Vorgehen (zum Beispiel Fragebögen, Interviews oder Fokusgruppen), der Methode (intern durchgeführt oder an unabhängige externe Berater vergeben) und dem Timing (methodische Anpassung ex ante oder ex post). Die Entscheidung für ein Verfahren hängt von den Kosten, den Zielvorstellungen und dem Stadium der parteiinternen Reformen ab.</p>

## Benutzerleitfaden

Erforderliche Schritte für die Verwendung von Benchmarks und Indikatoren.

1. Engagement: Eine Entscheidung wird auf der angemessenen Ebene getroffen, um die eigene Politik und das praktische Handeln im Bereich Integration und Vielfalt einer kritischen Prüfung zu unterziehen.
2. Mandat: Eine Person oder eine Arbeitsgruppe wird ernannt und mit der Durchführung der Überprüfung beauftragt (Prüfer), die Aufgabenstellung wird formuliert und Mittel werden zur Verfügung gestellt.
3. Kommunikation: Aufgabenstellung und Vorgehen des Prüfers sowie die Ergebnisse der Prüfung werden in der Partei kommuniziert. Die Partei kann beschließen, diese Information öffentlich zu machen.
4. Bestandsaufnahme: Der Prüfer legt sich auf Begriffe fest und erstellt eine Übersicht relevanter Managementpolitiken und -praktiken.
5. Planung: Eine Zeitleiste mit Fristen wird verabschiedet sowie eine Liste mit Personen und Dokumenten, die beratend herangezogen werden sollen.
6. Implementierung: Die Bewertung wird planmäßig durchgeführt und genießt die Priorität des Prüfers, der Unterstützung von einem externen Experten erhalten kann.
7. Präsentation der Ergebnisse: Die Ergebnisse werden von der Parteiführung präsentiert und erörtert und führen gegebenenfalls zu Empfehlungen mit Auswirkungen.
8. Empfehlungen: Die notwendigen Maßnahmen werden ergriffen, um einen schrittweisen Wandel der Organisation in Gang zu setzen. Benchmarking kann mit Blick auf dieses Ziel als Instrument angewandt werden.

